

Die Zeit ist reif für konstruktive Beiträge!

Ein Plädoyer für aktive Beteiligungen an der Pulse of Europe-Bewegung

Im Folgenden geht der Autor der Frage nach, ob man sich an den sonntäglichen Versammlungen von Pulse of Europe tatkräftig beteiligen sollte, die in manchen europapolitisch engagierten Kreisen noch umstritten ist.

Vorbemerkungen

Die Bürgerinitiative „Pulse of Europe“ (PoE) erfreut sich zur Zeit großer Beliebtheit und starken Zulaufs, stößt aber auch auf öffentliche Kritik. An PoE wird vor allem bemängelt, dass die Initiative zu „unpolitisch“ sei, weil ihr weiterführende Reformvorschläge für die Europäische Union (EU) fehlten.¹

Zum unpolitischen Flair der PoE-Initiative trägt nicht unwesentlich bei, dass sie sich bislang als „Dafür-Bewegung“ deklariert, obgleich ihr „Für Europa Sein“ gleichzeitig ein „Dagegen-Sein“ beinhaltet: gegen Nationalismus, gegen alle „destruktiven und rückwärtsgewandten Tendenzen“ in der EU und gegen den Zerfall, der ihr womöglich bevorsteht.

An solcher „Dafür“-Stilisierung hat eine Berichterstattung ihren Anteil, in der die positive Atmosphäre der Versammlungen und zuversichtliche Stimmung des Publikums hervorgehoben werden, die nachdenklichen und unbequemen Beiträge jedoch kaum Berücksichtigung finden.

„Das bürgerliche Publikum ist besorgt und trotzdem gut gelaunt. Es wird kaum jemand kritisiert noch gar verächtlich gemacht. Am Ende wird gesungen und getanzt. Die Menschen fassen sich an den Händen. Manches erinnert an Kirchentage. (...) Es geht – jedenfalls zunächst – um den Erhalt des Bestehenden. So gesehen ist Pulse of Europe eher konservativ. All das passt nicht in das Raster der Protestbewegungen, wie sie Republik bisher kannte.“²

Diese „konservative“ Orientierung scheint derzeit manche politischen Kreise zu irritieren, die sich aus sozialpolitisch, demokratietheoretisch, ökologisch und humanitär engagierten Perspektiven mit der Vision eines anderen „solidarischen Europas“ befassen: Unversehens sieht man sich mit einer Bewegung konfrontiert, die offenbar viel zu wenig den eigenen Vorstellungen entspricht und manche am liebsten „aussitzen“ wollen, um dann vielleicht später von einer höheren Warte aus die Gründe für deren begrenzte Lebensdauer analysieren zu kön-

¹ Vgl. Patricia Hecht, „Was machen wir jetzt damit?“ Interview mit der Professorin für Europapolitik und Demokratieforschung Ulrike Guérot. Die Tageszeitung (TAZ) 10.4.17; Markus Decker, Reformvorschläge fehlen. Kritikern ist die Pulse-of-Europe-Bewegung zu unpolitisch. Weser Kurier (WK) 16.4.17.

² Decker Markus a,a.o., WK 16.4.17.

nen. Darauf deuten bereits Gleichsetzungen der Kundgebungen mit „kollektiven politischen Sonntagsausflügen“ hin oder gar die Unterstellung, das dort versammelte „gutbürgerliche Publikum würde für den Neoliberalismus demonstrieren“.³ Dabei müssten sich doch all jene, die das Ausbleiben einer proeuropäischen und zugleich EU-kritischen Bewegung beklagen, die Frage stellen, warum es bisher nicht gelang, eine eigene Bewegung mit einer solchen Breitenwirkung ins Leben zu rufen. –

Das folgende Plädoyer geht auf einen *Selbstversuch* zurück – einen Redebeitrag zur fünften Bremer Kundgebung. Ohne diese Probe aufs Exempel hätte ich mich nicht getraut, mich an mehrere europapolitisch versierte AnsprechpartnerInnen in Bremen, Berlin und Brüssel⁴ zu wenden und sie mit folgendem Argument für aktive Beteiligungen an den künftigen Kundgebungen zu gewinnen:

„ ‚Pulse of Europe‘ eröffnet als überparteiliche Initiative inzwischen die Chance, konstruktive und ggf. auch unbequeme Vorschläge zur Lösung der europäischen Krise, die bislang in kleineren Zirkeln oder Expertenkreisen kursieren, einer größeren Öffentlichkeit zugänglich zu machen.“ (E-Mail vom 27.3.17)

Im Folgenden wird dieses Plädoyer näher ausgeführt. Dabei setze ich mit der bisherigen Kritik an PoE auseinander, gehe auf aktuelle Neuorientierungen der Initiative ein und stelle abschließend Vorschläge zu ihrer Weiterentwicklung zur Diskussion. Zusätzlich gibt der *Anhang* Einblicke in meinen Redetext, einen konkreten Beweggrund für meinen Auftritt und in eine nachträgliche Textkorrektur.

Gründe für aktive Beteiligungen

In der siebten These der insgesamt zehn Leitsätze zum Selbstverständnis von PoE wird u.a. gefordert: „Die europäische Idee muss wieder verständlicher und bürgernäher werden. Sie muss von unten nach oben getragen werden.“

Wer dieser Aussage von PoE zustimmt, wird feststellen, dass es der Initiative bereits gelungen ist, eine *notwendige* Bedingung für bürgernahe Willensbildungsprozesse herzustellen: Die sonntäglichen Kundgebungen zwischen 14 und 15 Uhr sind geschickt mit der verbreiteten Gepflogenheit abgestimmt, die Wochenenden für entspannende, aber auch anspruchsvollere Kultur- und Freizeitangebote zu nutzen. Das unlängst von der *Tageszeitung* (TAZ) lancierte Bonmot von Ulrike Guérot, „was da gerade passiere, sei eine Art bürgerliches Kaffeetrinken“, zielt genau auf diesen Umstand, verstellt jedoch den Blick auf den überaus

³ Vgl. Nicolai Hagedorn, Ganz ohne politische Positionierung. Das Frankfurter Ehepaar Sabine und Daniel Röder bringt (...) Woche für Woche tausende Europafreunde auf die Straße. Neues Deutschland, 25.3.17

Ralf Krämer, Demos für den Neoliberalismus. Ein kritisches Herangehen an „Pulse of Europe“ sei notwendig, findet der Gewerkschafter Ralf Krämer. Neues Deutschland, 31.3.17

⁴ Zu meinen AnsprechpartnerInnen gehörten u.a. Sven Giegold, Joachim Heier, Rudolf Hickel, Johann-Günther König, Sofia Leonidakis, Ulrike Lieber, Gesine Schwan, Margarete Steinrücke und Axel Troost.

intelligenten Kern dieses Ansatzes, der darin besteht, sich eine besonders geeignete „Zeitnische“ für einen öffentlichen Europadiskurs erschlossen zu haben.⁵

Eine derartiges Gespür für richtige Zeitpunkte – ebenso wie für publikumswirksame Zeremonien (La-Ola-Welle etc) oder für einen unbefangenen Umgang mit dem signifikanten Emblem der EU, dem goldenen Sternenkrans auf blauem Grund – scheint manchen Anhängern eines „solidarischen Europas“ noch abzugehen. Dennoch sollte man sich nun die Frage stellen, wie es mit PoE in den kommenden Monaten weitergehen soll.

Nach meinen Beobachtungen hat sich inzwischen auf dem Bremer Marktplatz so etwas wie ein „Nährboden“ für öffentliche Debatten über die Zukunft der Union herausgebildet. So konnte ich bei vier Kundgebungen mit bis zu 600 TeilnehmerInnen verfolgen, wie sich am offenen Mikrophon Bürgerinnen und Bürger sehr unterschiedlich zum europäischen Einigungsgedanken äußerten: sowohl zustimmend als auch mit skeptischen Einschätzungen zur realen Lage der Union.⁶ Außerdem beteiligten sich an zwei Kundgebungen die ehemalige Leiterin des Jean-Monnet-Centrums für Europastudien Ulrike Liebert und der Bremer Senatspräsident Carsten Sieling mit Redebeiträgen: Während Liebert das Publikum über den „*March for Europe*“ und Massendemonstrationen informierte, die von dieser Initiative anlässlich des 60.Jubiläums der Römischen Verträge in Rom und in anderen europäischen Städten durchgeführt wurden, rief Sieling die Prinzipien Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit der Französischen Revolution in Erinnerung und forderte dazu auf, diese Grundsätze verstärkt in die künftige Europapolitik einzubringen.

All dies legt den Schluss nahe, dass noch nie so viel auf öffentlichen Plätzen wie in den vergangenen Wochen „über Europa“ gesprochen und diskutiert wurde. Wenn aber dieser „Nährboden“ für öffentliche Diskurse nicht austrocknen soll, dann bedarf es, wie Ulrike Liebert fordert, weiterer kritisch-konstruktiver Denkanstöße und Beiträge:

„PoE wie ‚March for Europe‘ haben definitiv ein Zeitfenster für öffentliche europapolitische Debatten eröffnet, wie es sie meines Wissens in Deutschland bislang noch nicht gab (...) Wenn nicht jetzt, dann vermutlich nicht bald wieder bietet sich allen interessierten Zeitgenossen die Chance, an der vom PoE initiierten Reflexion mitzuwirken.“ (E-Mail vom 12.4.17)

⁵ Vgl. Patricia Hecht, a.a.o., TAZ 10.4.17

⁶ Bei der dritten Kundgebung am 12.3.17 ergriff z.B. Angehöriger von DiEM 25 das Wort und stellte dem Publikum diese Initiative kurz vor. Ein anderer Redner wies auf den Standortwettbewerb zwischen den EU-Mitgliedsländern hin und wurde trotz der Bitte, die Redezeit einzuhalten, nicht daran gehindert, seine Kritik an der Wettbewerbsorientierung in der EU auszuführen. Auf der fünften Kundgebung ließ man es ebenso zu, dass ich eine sechsminütige Rede am offenen Mikro halten konnte (für das eigentlich nur zwei Minuten Redezeit vorgesehen sind), woraufhin das Bremer Team am 1.4.17 ankündigte, fortan längere Reden als offizielle Beiträge in die Kundgebungen einzubeziehen.

Eine weitere prägnante Begründung für solche Mitwirkung trug unlängst Jürgen Habermas während einer Podiumsdiskussion in Berlin mit Frankreichs Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Macron und Außenminister Sigmar Gabriel vor:

„Die europäische Einigung ist (...) bis heute ein Eliteprojekt geblieben, weil es die politischen Eliten vermeiden, die breite Öffentlichkeit an einem informativen Streit über alternative Zukunftsszenarien zu beteiligen. Die nationalen Bevölkerungen werden nur erkennen und entscheiden können, was *längerfristig* auch im jeweils *eigenen* Interesse liegt, wenn die folgenreichen Alternativen zwischen einer Rückabwicklung des Euro oder der Rückkehr zu einem Währungssystem begrenzter Schwankungsbreiten oder eben doch einer engeren Kooperation nicht mehr nur in akademischen Zeitschriften diskutiert werden.“⁷

Mit dieser Aussage ist abweichend vom bisherigen Selbstverständnis von PoE die Empfehlung verbunden, dass die europäische Idee ebenso *von oben nach unten* verbreitet werden muss. Sie richtet sich unmissverständlich auch an die „akademischen Eliten“ – alle jene Intellektuellen und Sachverständige aus NGO's, Thinktanks, Universitäten, Gewerkschaften, die sich für eine tragfähige Zukunft der Union verantwortlich fühlen.

Damit aber stehen folgende Fragen im Raum: Werden diejenigen, die sich darin auskennen, wie ein tragfähiges Europa in Zukunft gestaltet werden könnte, die Gunst der Stunde nutzen und zentrale Reformansätze einem breiteren Publikum zugänglich machen? Und wird man sich darüber hinaus um ein auf längere Sicht *produktives synergetisches Zusammenwirken zwischen „oben und unten“* bemühen?

Antworten auf drei kritische Vorbehalte gegenüber PoE

Noch scheint die bislang geäußerte Kritik diesem Ansinnen mehr oder weniger stark im Weg zu stehen. Sie erstreckt sich m.W. vor allem auf folgende drei Aspekte:

1. Die zehn Leitsätze von PoE seien zu ungenau formuliert: Man spreche sich zwar für Rechtsstaatlichkeit, europäische Grundfreiheiten und die Reform der EU aus, lasse aber vollkommen offen, wie und in welchen Bereichen letztere durchgeführt werden soll.

Diese Kritik trifft zwar zu, verfehlt aber die mit den zehn Leitgedanken verfolgte Intention, zunächst „die breite Masse“ zu erreichen, „die pro-europäisch denkt, sich aber alleingelassen fühlt“.⁸ Deshalb sind die zehn Aussagen als „kleinster gemeinsamer Nenner“ konzipiert, wobei fraglich ist, ob die vorliegende Fassung der zehn Thesen hierfür auf Dauer ausreicht.

2. Im Fokus der öffentlichen Kritik steht vor allem der sechste Leitgedanke von PoE⁹: Den Aussagen wird vorgeworfen, angesichts der gegenüber Südeuropa erzwungenen Austeri-

⁷ Europa anders denken. Eine Diskussion zwischen Jürgen Habermas, Sigmar Gabriel und Emmanuel Macron. Blätter für deutsche und internationale Politik 4/2017, S.42 f.

⁸ Z.n. Markus Decker a.a.o. WK 16.4.17.

tätspolitik, des menschenverachtenden Umgangs mit Flüchtlingen, einer Handelspolitik zugunsten der Konzerne u.a.m. auf „ziemlich puren Neoliberalismus“ hinauszulaufen.¹⁰ Ferner wird darauf hingewiesen, dass die mit der Aktion ‚Pulse of Europe‘ Mobilisierten ein Recht auf Aufklärung über die Euro-Währungsunion, den EU-Binnenmarkt und die wachsende Spaltung bzw. Fehlentwicklungen in der Eurozone hätten, worauf der Bremer Ökonom Rudolf Hickel in einer E-Mail vom 24.4.17 den Interessentenkreis aufmerksam machte.

Die vier für den EU-Binnenmarkt geltenden Grundfreiheiten mit „Neoliberalismus“ *gleichzusetzen*, ist zunächst irreführend, weil diese *für sich genommen* nicht als „neoliberal“ eingestuft werden können, sondern erst im *Kontext ihrer ausschließlich wettbewerbs- und marktorientierten Rahmenbedingungen*.

Diesen Kontext scheint PoE allerdings bislang zu ignorieren. Die Initiative hebt nur die Vorteile der Grundfreiheiten hervor, ohne zu bedenken, dass diesen ein stabiler sozial- und wirtschaftspolitischer Unterbau fehlt, der allen Mitgliedsstaaten einen ausbalancierteren Binnenmarkt und eine verlässliche Währungsunion garantiert. Damit aber bleiben, wie zu Recht beanstandet wird, die im *Maastrichter Vertrag* angelegten Geburtsfehler der Eurozone unberücksichtigt. Der springende Punkt ist hier die Fixierung auf eine rein monetäre Konvergenz der Mitgliedsländer, ohne deren realökonomischen Divergenzen zu beachten bzw. die Festlegung auf den neoliberalen Glaubenssatz, „dass der Markt alles am besten regelt und jedes Land auf eigene Faust und ohne gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik international wettbewerbsfähig werden müsse“.¹¹

3. Weiterhin wird eingewandt, dass der Bürgerinitiative eine eigene Agenda mit konkreten Zielen fehle, aus denen hervorgeht, in welche Richtung sich die Union verändern soll. Ohne einen eigenen Reformplan für die Union sei absehbar, dass die Bürgerbewegung bald wieder von der Bildfläche verschwinden werde.¹²

Zu diesem Kritikpunkt liegt inzwischen eine Antwort aus dem Frankfurter Gründungsteam vor: „Ziel sei es nicht, einen Plan für die Reform der EU vorzulegen.“¹³ Hätten sich damit die

⁹ „6. Die europäischen Grundfreiheiten sind nicht verhandelbar. Personenfreizügigkeit, freier Warenverkehr, freier Zahlungsverkehr und Dienstleistungsfreiheit – die europäischen Grundfreiheiten – sind historische Errungenschaften, die aus Nationalstaaten eine Gemeinschaft gemacht haben. Sie sichern individuelle Freiheit und Wohlstand. Eine Beschneidung der Grundfreiheiten würde dramatische wirtschaftliche und persönliche Folgen auslösen. Nur durch die Gesamtheit der Grundfreiheiten wird die ausgewogene Verknüpfung von Rechten und Pflichten sichergestellt. Sonderwege und Ausnahmen führen zu einer Erosion der Gemeinschaft.“

¹⁰ Vgl. Ralf Krämer, Demos für den Neoliberalismus, a.a.o.

¹¹ Vgl. Rudolf Hickel, Die Eurokrise überwinden, S. 26 ff. In: Rudolf Hickel / Johann-G. König, Euro stabilisieren – EU demokratisieren. Aus den Krisen lernen, Bremen, Boston 2014

Steffen Lehndorff / Klaus Pickshaus, Europa muss sich neu begründen! Die EU kann nur erhalten werden, wenn sie verbessert wird: friedlich, demokratisch, sozial. Frankfurter Rundschau 28.2.17.

¹² Patricia Hecht, TAZ 10.4.17; Maria Christoph / Martin Pfaffensteller, Kraftvoll, aber ohne Plan, a.a.o.

¹³ Zitiert nach Markus Decker a.a.o., WK 16.4.17.

mit viel Zeitaufwand betriebenen Aktivitäten von PoE in absehbarer Zeit erledigt?

Von PoE so schnell wie möglich einen Gesamtplan zur überaus komplexen EU-Problematik zu erwarten, scheint mir unrealistisch und auch nicht sinnvoll zu sein. Denn viel nahe liegender wäre es, zunächst *Progammunkte einer notwendigen Reformagenda* zu benennen und dazu Stellungnahmen und Redebeiträge einzuholen. Dies versucht inzwischen das Bremer Organisationsteam, dessen Sprecher Emanuel Herold meinen Interessentenkreis mit folgenden Worten zu einer aktiven Teilnahme aufgefordert hat :

„Die inhaltliche Ausrichtung von POE (...) war in jüngster Zeit nicht nur Gegenstand von Kommentaren in den öffentlichen Medien, sondern auch auf unserer Bühne und in persönlichen Gesprächen mit den Teilnehmern. POE steht als überparteiliche Bürgerinitiative derzeit vor der Herausforderung, den angestoßenen europapolitischen Diskurs zu erhalten oder gar weiter wachsen zu lassen (...). Unser Bremer Team erachtet es als notwendig, nach der Erinnerung an die historischen Errungenschaften der europäischen Einigung verstärkt auf Reformideen einzugehen. Wir spüren von der Seite unserer Teilnehmer ein starkes Interesse daran. Kurz: Die Diskussion muss von Vergangenheit auf Zukunft umgestellt werden. Thematisch sind wir völlig offen: Flüchtlingskrise, Sozialunion, Demokratisierung der EU – das sind Themen, (...) die künftig deutlich mehr Raum einnehmen sollen, sei es durch einzelne Reden, Thementage oder Podiumsdiskussionen (...). Der europäischen Idee neues Leben einzuhauchen heißt, ihre gegenwärtigen Probleme und ihre Zukunftsperspektiven gemeinsam mit den Bürgern zu diskutieren.“ (E-Mail vom 26.4.17)

Wenn dieses neue Konzept nun in Bremen und anderswo Schule machen sollte, dann würde PoE eine *andere* Agenda verfolgen als von ihr bislang erwartet wird: *Die Bürgerinitiative würde einen öffentlichen Diskurs anstreben, bei dem es auf höheren Sachverstand, kontroverse Standpunkte und das Urteilsvermögen der BürgerInnen ankommt.* Dies allein wäre schon eine sehr anspruchsvolle Aufgabe, mit der nicht nur viel Arbeitsaufwand, sondern auch Fingerspitzengefühl verbunden ist. Denn die *überparteilich* orientierte Initiative ist seit ihrem Bestehen einem Dilemma ausgesetzt: Sie darf sich parteipolitisch nicht instrumentalisieren lassen, kann aber auch niemandem verwehren, politische Bindungen kundzutun, weil das Gegenteil davon, das Gebot, politische Zugehörigkeiten zu verschweigen, transparente Debatten und die offene Austragung von Interessenkonflikten unterbinden würde.¹⁴

¹⁴ Dieses Gebot wurde offenbar bei einer früheren Kundgebung in Frankfurt noch befolgt, als Klaus Pixhaus, Gewerkschafter und Mitglied der Initiative „Europa neu begründen!“ am Reden gehindert wurde (Ralf Krämer a.a.o. Neues Deutschland, 31.3.17). Von gegenteiligen Erfahrungen auf einer Kundgebung in Köln berichtete der Sozialwissenschaftler Steffen Lehdorff: „Ich möchte euch nur ermutigen, offen an diese Kundgebungen heranzugehen. Letzten Sonntag habe ich gesprochen. Der Tenor meines Beitrages entsprach dem Kommentar, den Klaus Pickshaus und ich in der FR dazu veröffentlicht haben (...) Das Echo sowohl bei den Teilnehmenden als auch VeranstalterInnen war sehr positiv. Das sind ganz andere Erfahrungen als die, die Klaus Pickshaus in Frankfurt machen musste – was bestätigt, wie bunt und vielfältig diese Initiative ist.“ (E-Mail vom 9.4.17)

Damit aber würde PoE ein öffentliches Forum bieten, auf dem auch unbequeme und strittige Themen ans Tageslicht der Öffentlichkeit geraten. Auf diese Möglichkeit wiesen bereits Steffen Lehndorff und Klaus Pickshaus in einem am 28.2.17 in der *Frankfurter Rundschau* (FR) unter dem Titel „Europa muss sich neu begründen!“ erschienenen Artikel hin:

„In einer pro-europäischen Demokratie-Bewegung brauchen wir die Diskussion über Ursachen und Alternativen. Über Vorschläge (...) zur Einleitung einer europäischen Investitionsstrategie an Stelle der verheerenden Kürzungspolitik im Rahmen des Fiskalpakts (...). Zum massiven Ausbau der sozialen Infrastruktur Deutschland und Europas, um das Flüchtlingsdrama bewältigen zu können, anstatt mit Hilfe diktatorischer Regimes eine Mauer um Europa zu errichten. Zur Stärkung Europas als Friedensmacht an Stelle neuer Rüstungsanstrengungen, die die Spannungen – und auch die Fluchtursachen – nur weiter vergrößern.“

Vorschläge zur weiteren politischen Profilierung

Wenn aber die Agenda von PoE an Stelle übereilter inhaltlich-programmatischer Festlegungen vorerst sich darauf konzentriert, einen fairen und differenzierten europapolitischen Diskurs in die Wege zu leiten, welche Vorkehrungen und Maßnahmen wären dann dazu erforderlich?

Um diese Frage beantworten zu können, ist zunächst die aktuelle Beschlusslage der Initiative zu ihren künftigen Aktivitäten zu berücksichtigen. Bei einem Treffen in Frankfurt im vergangenen Monat, an dem auch Vertreter aus Belgien, Frankreich, Luxemburg, den Niederlanden und Österreich teilnahmen, wurden dazu folgende Entscheidungen getroffen:

- PoE soll sich zu einer europaweiten Bewegung weiterentwickeln,
- „Man ist sich einig, für ein demokratisches, gerechtes und freiheitliches Europa einzutreten, das die Menschenrechte garantiert.“
- gegenüber Parteien und Interessenverbänden soll Abstand gehalten werden, um sich nicht von etablierten Organisationen vereinnahmen zu lassen,
- auf keinen Fall soll aus PoE eine politische Partei entstehen,
- die PoE-Versammlungen sind noch zu jung, um sie auf konkrete Forderungen festzulegen,
- ab Ende Mai oder Anfang Juni sollen die Kundgebungen nicht mehr jede Woche, sondern nur noch an jedem ersten Sonntag im Monat stattfinden.¹⁵

Aus diesen Beschlüssen geht hervor, dass PoE zwar vorerst keine eigene Reformagenda vorlegen wird, sich aber Handlungsspielräume vorbehält, um zu brisanten Weichenstellungen und Interessenkonflikten Stellung zu nehmen. Ob und inwieweit dies dann tatsächlich

¹⁵ Hannes Koch, Pulse of Europe expandiert. Die Organisatoren der proeuropäischen Kundgebungen haben sich beraten: Pulse of Europe soll größer werden und zugleich Abstand zu Parteien wahren. TAZ 24.4.17

geschieht, wird voraussichtlich in erster Linie von der Zusammensetzung der *regionalen* Arbeitsgruppen und dem europapolitischen Engagement vor Ort abhängig sein.

Sollte somit das Hauptziel der Bürgerinitiative darin bestehen, auf ihren Kundgebungen eine *demokratische Debattenkultur* zu ermöglichen, so könnte hierfür ein Vorschlag von Steffen Lehndorff sehr hilfreich sein, der besagt, „*gemeinsam in Foren über die Zukunft der EU nachzudenken*“. Diese Idee legt nahe, die weitere Reflexion und Auseinandersetzung nicht mehr nur Redebeiträgen auf den Kundgebungen vorzubehalten. Vielmehr kommt es nach Lehndorff ebenso darauf an, bei weiteren Zusammenkünften „*neue Werkzeuge und Ansätze*“ zu erproben, die „der EU zu neuem Schwung verhelfen“ sollen.¹⁶

Daraus ergibt sich eine Schlussfolgerung, wie sie bereits im Beschluss von PoE zum zeitlich gedehnten Turnus der Kundgebungen angelegt ist: Deren *Kontinuität* muss aufrechterhalten werden, gleichzeitig bedarf es aber einer *zusätzlichen* Kooperation. Diese könnte dann etwa dafür genutzt werden

- *die bisherigen Veranstaltungen auszuwerten* und das bisherige Konzept einschließlich seiner zeremoniellen Anteile weiterzuentwickeln,
- Kundgebungen in Zukunft *auf konkrete Anlässe hin* vorzubereiten bzw. auf anstehende Weichenstellungen in der EU zu beziehen – wie etwa den im Dezember stattfindenden EU-Gipfel zu einem Maßnahmenpaket, mit dem eine „europäische Säule sozialer Rechte geschaffen werden soll“.¹⁷
- *die zehn Leitsätze zu überarbeiten*, indem etwa ihre bisherigen Engführungen in zusätzlichen Kommentaren korrigiert werden,
- sich über die *Bestrebungen anderer europapolitischer Initiativen* wie z.B. der europäischen Bürgerinitiative, der Kampagnenplattform WeMove.eu, der Europa-Union und DiEM25 zu informieren und über eine produktive Zusammenarbeit nachzudenken,
- *Bestandsaufnahmen* zu den ökonomischen Disparitäten zwischen den EU-Mitgliedsländern, zur Eurokrise, Flüchtlings- und Schuldenfrage u.a.m. einzuholen – mit der Absicht, über die jeweiligen Sachverhalte die Öffentlichkeit auf den Kundgebungen zu *informieren*,
- *alternative Konzepte innerhalb der EU*, die sich u.a. aufgrund nationalstaatlicher Engstirnigkeit nicht durchsetzen ließen, erneut zu sichten und publik zu machen – wie etwa den so genannten „Delorsplan“ des früheren EU-Kommissionspräsidenten und Erfinders der Strukturfonds Jacques Delors, der 1988 ein dreistufiges Modell bis zur endgültigen Realisierung der Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) entwickelt hatte; oder die Pläne zur Vertiefung der WWU, die im November 2011 vom damaligen Kommissions-

¹⁶ Für Europa / Choices-Kultur.Kino.Köln, 11.4.17 file:///G:/Für_europa_choices-Kultur.Kino.Köln,htm, S.2

¹⁷ vgl. Eric Bonse, Brüsseler Fürsorge. Die EU zeigt ein wenig soziales Gewissen. Die Bekämpfung von Armut und Ungleichheit steht aber nicht zur Debatte. Ders. Das Märchen vom sozialen Europa. Kommentar zur neuen Sozialcharta der EU-Kommission. TAZ 27.4.2017

präsidenten Manuel Barroso und dem Ratspräsidenten Hermann Van Rompuy vorgelegt wurden, in denen kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zum Ausbau der WWU vorgesehen waren,

- sich darüber hinaus über ein eigenes Mandat zu verständigen, das dazu befugt, sich auf den Kundgebungen für *akute humanitäre Belange* einzusetzen, z.B. Einsprüche gegen die bisherige Abschiebung afghanischer Flüchtlinge zu erheben, sich für die Zusammenführung von Flüchtlingsfamilien einzusetzen und die Öffentlichkeit an all jene humanitären Versprechen der EU zu erinnern, die bislang uneingelöst geblieben sind – wie vor allem das im Herbst 2015 zwischen den EU-Mitgliedstaaten vereinbarte Hilfsprogramm, 160.000 Flüchtlinge aus Italien und Griechenland untereinander zu verteilen.

All dies beinhaltet noch keine inhaltliche Agenda zur Reform der EU, würde aber insgesamt signalisieren, dass PoE willens und bereit ist, *auch die „Schattenseiten“ der EU zu beleuchten – insbesondere die Tragödien, die sich weiterhin an den Außengrenzen der so genannten „Festung Europa“ abspielen – und davon ausgehend substanzielle Willensbildungsprozesse zur Umgestaltung der Union in die Wege zu leiten*. Solche Neuorientierungen würden im Übrigen auch verhindern, dass PoE, wie manche befürchten, in eine neoliberale „Unwucht“ gerät, wenn weiterhin gegenüber der Öffentlichkeit hauptsächlich die wirtschaftlichen Grundfreiheiten in der Union angepriesen werden.

Vermutlich müssen die regionalen Gruppen bald darüber befinden, ob und inwieweit sie sich in diesem Sinne zu den brisanten Zukunftsfragen der EU genauer positionieren. Sollte man sich hierbei auf einige zentrale Eckpunkte wie etwa die Beendigung der bisherigen Spar- und Schuldenpolitik verständigt haben, so ließe sich der bislang „breite“ Ansatz von PoE unter neuen Vorzeichen beibehalten: Die Initiative würde dann dafür Sorge tragen, *sachkundige* Auseinandersetzungen über bereits bestehende Vorschläge zu einer tragfähigen und solidarischen Europapolitik zu ermöglichen, und die dabei zutage tretenden *strittigen Fragen* in den Brennpunkt der Öffentlichkeit rücken. –

Zum Reformprogramm des neuen französischen Präsidenten Emmanuel Macron gehören mehrere Vorschläge für den Neustart einer demokratischeren Union. Als Erstes beabsichtigt er, in allen EU-Ländern, auch in Deutschland, demokratische Versammlungen abzuhalten, die Vorschläge zur Reform der EU entwickeln sollen.¹⁸

Sollte es tatsächlich dazu kommen, so hätte hierfür PoE bereits wichtige Vorarbeit geleistet. Die Initiativgruppen könnten sich nun durch Selbstqualifizierungen in die Lage versetzen, solche Versammlungen durchzuführen und *öffentliche Diskurse* zu organisieren, bei denen es letztlich auf die „Kraft besserer Argumente“ ankommt.

Stand: 9.5.2017

¹⁸ Eric Bonse, Europas Hoffnung – Merkels Widerpart. Der neue französische Präsident will die Eurozone demokratisieren und neue Ideen für eine Reform der EU entwickeln. Doch der Jubel aus Berlin täuscht: Der Kanzlerin und ihrem Finanzminister sind der Wettbewerb wichtiger als Solidarität. TAZ 9.5.17

Anhang

Redetext zur fünften Bremer Kundgebung

Impulse für ein tragfähiges Europa

1981 verfasste der österreichische Lyriker und Essayist Erich Fried anlässlich der damaligen Eskalation zwischen Ost und West den Einzeiler: „Wer will, dass die Welt so bleibt, wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt.“ Angesichts der akuten Krise in Europa lässt sich dieser Spruch auch in „Wer will, dass Europa so bleibt, wie es ist, der will nicht, dass Europa bleibt“ umwandeln. Dies würde dann bedeuten, dass sich der Status quo zwischen den politischen und wirtschaftlichen Kräfteverhältnissen in der Europäischen Union grundlegend ändern muss, wenn sie auf längere Sicht Bestand haben soll – und dies auch auf institutioneller Ebene, indem bei der Gesetzgebung dem Europaparlament die vollständige Kompetenz eingeräumt wird.

Hierzu folgende Anmerkungen: Der siebte Leitsatz von *Pulse of Europe* enthält unter der Überschrift „Reformen sind notwendig“ folgende Aussage: „Europa muss erhalten werden, damit es verbessert werden kann.“ Aus der hier eingenommenen Perspektive wäre jedoch ebenso die umgekehrte Aussage zutreffend: „Europa muss verbessert werden, damit es erhalten werden kann.“ Aber was ist dann mit „Verbesserung“ gemeint? Etwa die Fortsetzung der bisherigen Spar- und Schuldenpolitik, die auch als „Reform“ bezeichnet wird, oder ein stärkerer Lastenausgleich zwischen den europäischen Mitgliedsstaaten? Hierzu gibt „Pulse of Europe“ bisher noch keine Antwort, sondern weist darauf hin, dass zunächst die Grundrechte, Rechtsstaatlichkeit und europäischen Grundfreiheiten bewahrt werden müssen und man gleichzeitig das wachsende Misstrauen in der Bevölkerung gegenüber Europa ernst nehmen sollte.

Bei den zehn Leitgedanken von „Pulse of Europe“ handelt es sich offenbar um den kleinsten gemeinsamen Nenner, auf den sich momentan alle pro-europäisch gesinnten Kräfte einigen können. Dieser Minimalkonsens ist zur Zeit dringend vonnöten. Ihn hervorzuheben, ist verdienstvoll und wird zurecht von Erfolg gekrönt.

Aber reicht das auf Dauer aus? Ist die Zeit nicht längst reif dafür, um Farbe zu bekennen und deutlicher kundzutun, was in Europa alles schief gelaufen ist und einer dringenden Veränderung bedarf?

Einen Fingerzeig gab dazu am 16.3.2017 in Berlin kein Geringerer als Jürgen Habermas. Bei einer Diskussionsveranstaltung mit Frankreichs Präsidentschaftskandidaten Emmanuel Macron und Außenminister Sigmar Gabriel kritisierte der international angesehene Philosoph die Sparpolitik in Europa, die zu einem strukturellen Ungleichgewicht und zu tiefer Spaltung geführt habe. Diese „tickende Zeitbombe“, die man bislang in Deutschland zu wenig wahrgenommen hätte, gelte es schnellstmöglich zu entschärfen: Die Bundesregierung müsse endlich die Initiative zu einem europäischen Finanzausgleich und zu echter Solidarität ergreifen. Sonst, so befürchtet Habermas, habe die deutsche Politik das Scheitern der EU maßgeblich mitzuverantworten.

In diesem Sinne würde ich es sehr begrüßen, wenn von der Zivilgesellschaft, wie sie sich jetzt unter dem Motto „Pulse of Europe“ formiert, *weiterführende* Impulse für einen konsequenten Kurswechsel in Europa ausgehen: für mehr Demokratie in den Institutionen, eine gerechtere Finanz- und Wirtschaftsordnung und eine ökonomische Entwicklung, die sich unter sozialen und ökologischen Vorzeichen als zukunftsfähig erweist.¹⁹

¹⁹ Eine gekürzte Textfassung erschien am 12.3.17 unter der Rubrik „Gastkommentar“ im Bremer Weser Kurier.

Zur Entstehung des Beitrags

Nach einem Besuch der dritten Bremer Kundgebung und der Lektüre der zehn Leitgedanken von PoE schicken meine Lebensgefährtin Beate Ellerbrock-Schlitt und ich am 14.3.17 einen Brief an das zehnköpfige Organisationsteam, in dem wir diesem unseren positiven Eindruck von der Veranstaltung übermitteln, zugleich aber die InitiatorInnen auf die Schattenseiten der EU aufmerksam machen:

„Allerdings halten wir es auch für erforderlich, dass ‚Pulse of Europe‘ neben den großen Verdiensten der EU einen Blick auf die erheblichen Schwächen, Fehlentwicklungen und Probleme der Union wirft, die maßgeblich zum großen Vertrauensverlust vieler Bürgerinnen und Bürger gegenüber der EU beigetragen haben. Vor allem die Finanzkrise und ihre Folgen, die Griechenlandkrise und die Fluchtbewegungen nach Europa haben die sozialökonomischen Ungleichgewichte und fehlenden Übereinstimmungen zwischen den Mitgliedsstaaten in den letzten Jahren drastisch vor Augen geführt.“

Dem Brief sind vier Anhänge mit den im vergangenen Jahr von mir ausgearbeiteten Europa-Materialien beigelegt.²⁰ Außerdem machen wir die Bremer Gruppe auf die beiden Bremer Experten Prof. Rudolf Hickel und Dr. Johann-Günther König, ihre Veröffentlichung *„EURO stabilisieren – EU demokratisieren“* sowie auf die Streitschrift *„Europa geht auch solidarisch!“* aufmerksam.²¹

Da wir auf unser Schreiben keine Antwort erhalten, erscheint es mir sinnvoll, direkten Kontakt zum Team mit einem schriftlich vorbereiteten Redebeitrag zum offenen Mikro herzustellen.

Auf der *fünften* Kundgebung am 26.3., die mit ca. 500-600 Teilnehmer/inne/n sehr gut besucht ist, melde ich mich beim offenen Mikro gleich als zweiter Redner zu Wort und mache Emanuel Herold darauf aufmerksam, dass ich für meinen vorbereiteten Redetext mehr Zeit benötige, als für das offene Mikro vorgesehen ist. Mein Beitrag wird akzeptiert und mit überraschend viel Zustimmung vom Publikum aufgenommen.

Nach der Kundgebung stelle ich mich persönlich Herold als einer der beiden „Absender“ des o.g. Briefes vor und teile ihm mit, dass der in den zehn Leitgedanken von PoE formulierte Grundkonsens noch unzureichend sei. Darauf antwortet er sinngemäß, dass man sich bei allen Fragestellungen zu einem Kurswechsel in Europa in kleinen Schritten „vortasten“ wolle. Diesen Hinweis finde ich sympathisch, weil er mich nicht nur an das Bildungsprinzip des „tastenden Versuchens“ in der französischen Reformpädagogik erinnert, sondern auch klarmacht, dass es bei den Kundgebungen immer auch um Lern- und Aufklärungsprozesse geht. Im Übrigen scheint mir, dass man erst mit einem derart „offenen“ Ansatz und einem entsprechend aufgelockerten kulturellen Rahmenprogramm all jene „jungen Europäer“ erreichen wird, die sich, wie jüngst eine Umfrage der TUI-Stiftung ergeben hat, nur bedingt der EU verbunden fühlen.²²

Diese positiven Erfahrungen lösen nun bei mir die Idee aus, mich verstärkt für eine Beteiligung an den PoE-Kundgebungen einzusetzen.

²⁰ Diese sind beim attac-netzwerk.de/bremen, unter der Rubrik „Materialien/EU geht anders“ einzusehen.

²¹ Rudolf Hickel / Johann-G. König, *Euro stabilisieren – EU demokratisieren*. Aus den Krisen lernen, Bremen, Boston 2014

Klaus Busch / Axel Troost / Gesine Schwan / Frank Bsirske / Joachim Bischoff / Mechthild Schrooten / Harald Wolf, *Europa geht auch solidarisch!* Streitschrift für eine andere Europäische Union. VSA Hamburg 2016

²² Vgl. Christine Xuan Müller, *Kritische Europäer. Wie die Jugend auf die EU schaut*. WK 5.5.17

Nachtrag zum Text

Rückblickend ist festzustellen, dass mein Hinweis auf den „kleinsten gemeinsamen Nenner“, auf den sich „alle“ pro-europäischen Kräfte einigen könnten, aus folgendem Grund nicht zutrifft: Erst wenn die sechste Grundthese von PoE, die sich hauptsächlich auf *ökonomisch* begründete Freizügigkeiten in der EU bezieht, mit zusätzlichen Aussagen zur Einhaltung *sozialer* und *humanitärer* Rechtsansprüche, wie sie etwa in der Sozialcharta der Europaunion formuliert sind, *erweitert* und zugleich *relativiert* wird, erhöhen sich die Chancen, einen noch breiteren Konsens zu den Leitsätzen von PoE herzustellen.

Dass das Wort *sozial* in den zehn Thesen kein einziges Mal vorkommt, darauf wies bereits Albrecht Müller Mitte März auf seinen NachDenkSeiten hin. Zu ergänzen wäre, dass auch in der achten These „Misstrauen ernst nehmen“ nur vage von „wesentlichen Herausforderungen unserer Zeit“ und „Bedenken gegen die Europäische Union“ die Rede ist, nicht aber von soziökonomischen Fehlentwicklungen und der daran bereits geäußerten *sachkundigen Kritik*, geschweige denn von konzeptionellen Ansätzen, die zur Lösung der gegenwärtigen Krise erheblich beitragen könnten.

Autorenangabe

Martin Zülch war als Politik- und Kunstlehrer an einer niedersächsischen Gesamtschule tätig und hat sich mit Ideen und Vorschlägen zur Lösung der europäischen Krise befasst. Seine Ausarbeitungen befinden sich auf der Website attac-netzwerk.de/bremen, unter der Rubrik Materialien / EU geht anders.